

HISTORISCHER ÜBERBLICK SEIT 1920

Seit dem Jahr 1850 gab es in Vorarlberg zwar eine Handelskammer, aber erst im Jahr 1920 wurde das Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte beschlossen. Ein Jahr später erfolgte die gesetzliche Gleichstellung mit den Handelskammern. Schwierigkeiten bereitete vorerst die unklare Einstellung der politischen Parteien mit ihren Arbeitnehmerorganisationen zur neuen Einrichtung. Die einen sahen die AK lediglich als Gegenpol zur Handelskammer, andere wiederum als Instrument der Selbstverwaltung der Arbeiterschaft, radikale Marxisten erhofften sich gar Hilfe zur Verwirklichung ihrer Pläne nach einer Räteherrschaft. Als sich schließlich die Vorstellung durchsetzte, die AK werde die Tätigkeiten der Gewerkschaften ergänzen, um diesen Arbeiten abzunehmen und für diese gesetzgeberische und wissenschaftliche Dienstleistungen zu betreiben, hatten auch die Vorarlberger Christlichsozialen nichts gegen diesen Weg einzuwenden. Im Gegenteil: Die Christlichen Gewerkschafter maßen der AK große Bedeutung zu, da sie diese als das *„beste, ja das einzige zielführende Mittel“* zur Hebung der Arbeitsmoral der Arbeiter und Angestellten betrachtete. Von Klassenkampf wollte man jedoch nichts wissen.¹

Vorerst lag die politische Macht bei den Sozialdemokraten und den ihnen zugehörigen Freien Gewerkschaften. Bei den ersten AK-Wahlen im Jahr 1921 ging nämlich die sozialdemokratische „Arbeitersektion“ knapp als Gewinnerin hervor, und die Wahl des ersten AK-Präsidenten fiel auf den Sozialdemokraten Wilhelm Sieß. Zum ersten

Mal in der Vorarlberger Landesgeschichte hatten die Sozialdemokraten die Mehrheit bei einer Landeswahl und in einer öffentlichen Einrichtung erlangt. Der politische Trend in der Vorarlberger Arbeitnehmerschaft verlief nach 1926 jedoch klar zugunsten der Christlichsozialen. Die Weltwirtschaftskrise und die folgende Massenarbeitslosigkeit führten zu einer zunehmend kritischen Einstellung der Christlichsozialen gegenüber den liberal-kapitalistischen Unternehmern und damit zum Schulterschluss mit ihrem sozialdemokratischen „Klassenrivalen“. Ihre Grundeinstellung war die Erhaltung des sozialen Friedens.

Die Jahre 1933/34 brachten für die AK bedeutende Veränderungen: Die politische Machtergreifung des konservativ-autoritären Ständestaates unter Engelbert Dollfuß und die militärische Niederlage der Sozialdemokraten im Februar-Bürgerkrieg 1934 führten zum Ende des bisherigen Parteienstaates, damit auch der Freien Gewerkschaften und zur Zwangsverwaltung der AK. Große Teile der



v. l.: AK-Vizepräsidentin Lotte Eß,
AK-Präsident Bertram Jäger,
AK-Direktor Ernst Haselwanter

Christlichen Gewerkschafter, die von nun an in der AK das Sagen hatten, blieben jedoch weiterhin demokratisch eingestellt. Dies hatte zur Folge, dass ein Großteil des früheren sozialdemokratischen Kammerpersonals übernommen wurde. Als sich im Februar 1938 die Okkupation Österreichs durch Nazi-Deutschland ankündigte, war die AK mit ihren Arbeitnehmervertretern bereit, „*jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines freien und unabhängigen Vaterlandes Österreich [...] zu führen*“.² Die Folgen eines Endes der Unabhängigkeit Österreichs führten zur Gefahr eines Krieges. Doch am 12. März 1938 besetzten deutsche Truppen Vorarlberg, einen Tag später war die AK aufgelöst. Das Vermögen von Gewerkschaft und Kammer wurde enteignet und der Deutschen Arbeitsfront übertragen.

Mit der Befreiung Vorarlbergs durch die französische Armee im Mai 1945 begann sich wieder demokratisches Leben zu regen. Bereits im Juli 1945 wurde das Gesetz zur Wiedererrichtung der Arbeiterkammern beschlossen. Es dauerte jedoch bis zum Juni 1946, bis in Vorarlberg die erste konstituierende Vollversammlung stattfand. Dem föderalistischen Aufbau Österreichs entsprechend, wurde in jedem Bundesland eine autonome Kammer eingerichtet. Diese Körperschaft öffentlichen Rechtes sollte der Wahrung öffentlicher Aufgaben dienen und eine umfassende Interessensvertretung sein. Was sich als bedeutungsvoll erwies – sie konnte ihre Aufgaben frei und unabhängig von einer übergeordneten Weisungsstelle besorgen. Dadurch vermochte sie von Anfang an einen Kurs zu fahren, auch wenn dieser den politischen Interessen des Bundes und Landes widersprach.

Bereits 1946 wurden die von den Nazis im Jahr 1938 enteigneten Räumlichkeiten an die AK rückerstattet. Sie erwiesen sich bei den sprunghaft angewachsenen Aufgaben im Rahmen der neuen österreichischen Sozialpartnerschaft bald als unzureichend, was im Jahr 1952 zum Neubau in der Widnau, dem heutigen Standort, führte. Im Jahr 1949 fanden in Österreich erstmals AK-Wahlen statt. Die Sozialistischen Freien Gewerkschaften hatten 45,3 % erlangt, der ÖAAB lediglich 29,6 %. Die einstige Macht der Christlichsozialen, aus der die ÖVP mit ihrem ÖAAB hervorging, war gebrochen. Erster Präsident wurde der Sozialist Anton Linder, ihm folgten bis 1969 mit Karl Graf und Heinrich Gassner weitere Sozialisten. Der Vorstand der AK war bis 1964 Männersache, bis die Sozialistin Lotte Eß als Mitglied kooptiert wurde. 1967 wurde sie, zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs, zur Kammer-Vizepräsidentin gewählt.

Das Jahr 1969 brachte die große Zäsur: Bei den AK-Wahlen verloren die Sozialisten die Mehrheit, und die ÖVP hatte zusammen mit den Freiheitlichen die Möglichkeit, den Präsidenten zu stellen – nämlich Bertram Jäger. Mit ihm wurde zum ersten Mal in der Geschichte der österreichischen Arbeiterkammern ein Nicht-Sozialist in diese Funktion gewählt. Unter seinen vier Präsidentschaften bis 1987 erfolgte die Ausweitung des Serviceangebotes in sämtlichen Tätigkeitsbereichen. Ein besonderes Anliegen war ihm die Betreuung der Gastarbeiter, die daher zu seinem Wählerpotenzial zählten.

Die AK verfolgte nach 1946 vor allem wirtschafts- und sozialpolitische Aktivitäten. Mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit in Österreich bereitete der Arbeitsmarkt keine Sorgen, obwohl das Grenzgängertum der Vorarlberger nach Liechtenstein, die Schweiz und Deutschland blühte. Die Hochkonjunktur führte zur Binnenwanderung aus dem Osten Österreichs und hernach zur Immigration aus Jugoslawien und der Türkei. Das Gastarbeiterreferat der AK war daher eine wichtige Vermittlungsstelle. Die entstandene Konsumgesellschaft war dadurch gekennzeichnet, dass Vorarlberg zum teuersten Bundesland Österreichs wurde und die AK mit ihrem Konsumentenschutz einen ständigen „Preis- und Kontrollkrieg“ führte. Innerhalb Österreichs erregte sie mit ihrem eigenständigen Streben nach direkter Demokratie Aufmerksamkeit, und sie entwickelte sich damit zu einem Gegengewicht zur ÖVP-dominierten Landesregierung. Im Jahr 1957 erfolgte die erste Volksabstimmung: Sie war gegen das Betriebsaktionenverbotsgesetz gerichtet, und 1962 fand ein erfolgreiches Volksbegehren bezüglich der Teilnahme der AK in den Grundverkehrskommissionen statt. Die AK besaß somit, obwohl parteipolitisch besetzt, ein relativ hohes Maß an politischer Eigenständigkeit und bewies überwiegend innere Geschlossenheit über ideologische Barrieren hinweg – ein Schlüssel zu ihren Erfolgen.

DIREKTOREN DER AK VORARLBERG VON 1920 BIS 2017



Dr. Karl Pontesegger, 1946–1954



Dr. Karl Erschen, 1954–1976



Dr. Ernst Haselwanter, 1976–1986



Mag. Heinz Peter, 1986–2006



Rainer Keckeis, seit 2006

PRÄSIDENTEN DER AK VORARLBERG VON 1920 BIS 2017



Wilhelm Sieß, 1921–1933



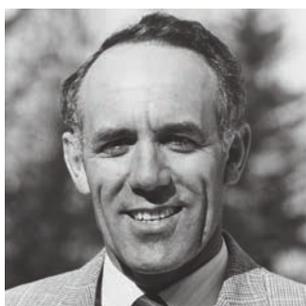
Anton Linder, 1946–1956



Karl Graf, 1956–1967



Heinrich Gassner, 1967–1969



Bertram Jäger, 1969–1987



Josef Fink, 1987–2006



Hubert Hämmerle, seit 2006



Rainer Keckeis, AK-Direktor
Hubert Hämmerle, AK-Präsident